WOLFGANG REINHARD

ZUSAMMENFASSENDE SCHLUSSÜBERLEGUNGEN

Lassen Sie mich mit einer persönlichen Bemerkung beginnen und später mit einer ebensolchen schließen: Ich fühle mich von der Aufgabe, so viel Gelehrsamkeit zusammenfassend gerecht zu werden, schlicht überfordert. Aber das Gefühl, überfordert zu sein, ist mir nicht neu. Es hat mich über weite Strecken meiner wissenschaftlichen Tätigkeit begleitet und sich eigentlich als sehr fruchtbar erwiesen. Ich kann es jungen Kolleginnen und Kollegen nur empfehlen.

Ich möchte einige kurze, möglicherweise klärende oder sonstwie hilfreiche Bemerkungen zu den einzelnen Vorträgen machen und anschließend meine eigenen Überlegungen vortragen. Sie sind inspiriert von diesen Vorträgen, aber nicht nur von diesen, sondern auch von meiner langjährigen Beschäftigung mit der Entstehung des modernen Staates, der Konfessionalisierung und sogar dem Papsttum¹.

Hinsichtlich der beiden einführenden Vorträge kann ich mich relativ kurz fassen, auch zu dem vorab verteilten Programmpapier und dem Vortrag von *Schilling*, obwohl oder gerade weil beide mit der Fragestellung die Arbeitsgrundlage vorgegeben haben. Denn weil Fragestellung und Methode das Ergebnis mehr oder weniger stark zu beeinflussen pflegen, laufen meine eigenen Schlußüberlegungen teilweise auf eine Auseinandersetzung mit ihnen hinaus. Nur soviel muß im Interesse der Klarheit alles Folgenden noch einmal festgehalten werden. Es soll um die Frage gehen, ob das Forschungskonzept »Absolutismus« dazu verhilft, bestimmte Phänomene der Frühen Neuzeit besser zu verstehen oder im Gegenteil – wie auch *Lefebvre* meinte – eher geeignet ist, sie weiter zu verdunkeln. Dabei konzentrieren wir uns auf Frankreich, nicht nur dem *genius loci* huldigend, sondern auch, weil Frankreich einer der klassischen Gegenstände, wenn nicht überhaupt der Ursprungsort der Absolutismusforschung ist. Die von *Schilling* zitierte, bedenkenswerte Feststellung von Burkhardt, der Absolutismus sei ein Mythos – das meint ein sachlich unzutreffendes, illusionäres Konstrukt – soll mittels der Einsicht unterlaufen und wissenschaftlich fruchtbar gemacht werden, daß auch Mythen historische Wirklichkeit sind². Das heißt bei *Schilling* komplexe, narrativ entfaltete Symbol-

¹ Vgl. Wolfgang REINHARD, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München ³2002, S. 50–52 und passim.

² Vgl. Reinhard BLÄNKNER, *Strukturprobleme des frühmodernen Staates*, in: Frederick S. CARNEY, Heinz SCHILLING, Dieter WYDUCKEL (Hg.), *Jurisprudenz, Politische Theorie und*

gebilde, die auf Stiftung von Sinn, Zusammenhalt und Handlungsfähigkeit abzielen. Diese lassen sich zwar aus der von *Schilling* statt der traditionellen politik- und verfassungsgeschichtlichen Fragestellung vorgeschlagenen kulturalistischen Perspektive nicht völlig ohne Rücksicht auf die historische Wirklichkeit untersuchen, was im ursprünglichen Papier als Absicht angedeutet worden war – welchen epistemologischen Status auch immer wir dieser Wirklichkeit zubilligen wollen –, aber doch als differenzierte Phänomene eigenen Rechts mit erheblichen Rückwirkungen auf die Praxis. Allerdings müssen dabei meines Erachtens vier verschiedene Analyseebenen berücksichtigt, das heißt sowohl getrennt, als auch auf ihren Zusammenhang geprüft werden:

1. Diskurse und Performanzen aus der Zeit des sogenannten »Absolutismus«
2. Politische Systeme des sogenannten »Absolutismus«
3. »Absolutismus« als Forschungs- und historiographisches Konzept
4. »Absolutismus« als Epochenbezeichnung.

Am Rande taucht bei *Schilling* sogar die Frage auf, ob wir angesichts der historischen Vielfalt überhaupt noch von »Absolutismus« im Singular sprechen können.

Cosandey hat unter Rückgriff auf ihr und Descimons Buch³ das angedeutete Praxisverbot *Schillings* ignoriert und als Summe französischer Historiographie den »Absolutismus« als Ergebnis von ständigem Austausch zwischen Theorie und Praxis präsentiert. Die Theorie wurde nach den Herausforderungen der politischen Praxis bearbeitet, so daß wir sie bis zu einem gewissen Grad als Produkt monarchischer Praxis verstehen müssen, die nach einer Phase gesteigerter Personalisierung auf eine Institutionalisierung des Gemeinwesens hinauslief. Das Hofzeremoniell, etwa der Wandel der Präzedenz bestimmter Figuren, kann als kultureller Indikator solcher Entwicklung betrachtet werden.

Der sich bereits hier abzeichnende Unterschied zwischen der weniger kulturalistischen französischen Forschung und der deutschen wurde noch deutlicher, als zum Thema »Absolutismus als Diskurs« keineswegs zufällig nur zwei Franzosen zu Wort kamen: *Rigaudière* zum Mittelalter, vor allem zu Jean Jouvenal des Ursins aus der Zeit Karls VII., das heißt des Hundertjährigen Krieges, *Crouzet* zur Frühen Neuzeit, das heißt dem Bedeutungswandel des eher selten verwendeten Begriffs »absolut« in den französischen Religionskriegen des 16. Jahrhunderts. Ganz offensichtlich gab es in der deutschen Geschichte keinen Absolutismuskurs, höchstens einen Diskurs des sogenannten »aufgeklärten Absolutismus«, oder zumindest keinen, der den Vergleich mit den französischen Quellen aushielte. Oder sollte es sich nur um ein Forschungsdefizit handeln? Im einen wie im anderen Falle ließe sich jedenfalls das Auswei-

Politische Theologie. Beiträge des Herborner Symposions zum 400. Jahrestag der *Politica* des Johannes Althusius 1603–2003, Berlin 2004, S. 399–435, bes. S. 405.

³ Fanny COSANDEY, Robert DESCIMON, *L'absolutisme en France. Histoire et historiographie*, Paris 2002.

chen auf die neue kulturalistische Fragestellung als Versuch deuten, einen deutschen Ersatz für das eine wie das andere zu finden.

Beide Referate ließen sich elegant auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Die bearbeiteten Quellen gehören einer Gattung an, die auf Wirkung berechnet war, die der Imagepflege der Monarchie bei Eliten dienen sollte, vermutlich weniger der Propaganda bei den Massen. Dabei ist zunächst eine in der abendländischen Tradition verwurzelte Kontinuität der Sprache zu beobachten, insbesondere der mit hermeneutischen Kunstgriffen angestrebte Ausgleich zwischen Absolutheit und Mäßigung. Beide Textgruppen entstehen in Krisen, doch in der zweiten Krise vollzieht sich seit der Bartholomäusnacht eine Wende: Mit Hilfe des Stützbegriffs der *nécessité* schließt absolute Herrschaft jetzt ausdrücklich die Gewalt ein.

Das klassische Thema »Absolutismus, Hof und Adel«, insbesondere unter Ludwig XIV., erwies sich hingegen als deutsche Domäne, abermals mit beträchtlicher Konvergenz zwischen den Referaten. Auf der Grundlage seiner detaillierten, allerdings eher sozial- als kulturhistorischen Forschungen zu Hofämtern und Ministern, leistete *Horowski* abermals, aber mit besonderer Gründlichkeit und neuen Ergebnissen, eine Dekonstruktion der berühmten Thesen von Elias. *Horowski* sieht eine eher traditionelle Herrschaftspraxis mit einem sozialen Kompromiß zwischen der Krone und einem zunehmend erblichen mittleren Hofadel, dessen etablierte Interessen später die überfällige Modernisierung blockieren konnten. *Walther* bot dazu gewissermaßen das kulturalistische Korrelat, als er den frühen Hof Ludwigs XIV. mit seiner hyperbolischen und daher mit Notwendigkeit nur als selbstironisch interpretierbaren Selbstdarstellung als ein dank seiner Raffinesse erfolgreiches kulturelles Bündnisangebot an die ehemaligen Frondeure verstand. Diese brillante Neuinterpretation stieß keineswegs auf einhellige Zustimmung. Doch selbst wenn man sie akzeptiert, bleibt immer noch die Frage, ob hier kulturelle Manipulation ein ganzes Herrschaftssystem umgekrempelt hat, wie es *Walther* naheulegen scheint, oder ob es sich bloß um kulturelle Folgeerscheinungen des von *Horowski* geschilderten Vorgangs handelt. Und mir bleibt die Frage an beide Referenten, warum das jeweilige Ergebnis denn unbedingt »Absolutismus« heißen muß. Begriffsschärfere Alternativen sind nämlich unschwer denkbar.

Ein Vergleich kann sich im Rahmen der französischen Geschichte abspielen, wie in dem theoretischen Referat von *Lefebvre*, verschiedene »Absolutismen« heranziehen, absolutistische und nicht-absolutistische Herrschaftssysteme gegenüberstellen oder die Auswirkungen des Absolutismus auf internationaler Ebene prüfen, eine neuartige empirische Fragestellung, die sich Stollberg-Rilinger vorgenommen hatte, aber leider nicht durchführen konnte. Dabei bliebe von vornherein zu fragen, ob Unterschiede in der Behandlung von Mächten dem Grad von deren »Absolutismus« entsprach oder ganz einfach ihrer Macht – wir buckeln ja auch nicht vor den USA, weil sie die besten Demo-

kraten sind. *Lefebvres* bewußt metahistorische Ausführungen waren von solcher Radikalität, daß ihnen historische Gewohnheitstiere nur schwer folgen konnten. Wenn sie schließlich nur noch die Semantik des radikalisierten spezifizierenden Vergleiches übriggelassen hat – üblicherweise arbeiten Historiker wie Sozialwissenschaftler daneben mit generalisierenden oder – besser – offenen Vergleichen –, dann bleiben nur zwei Möglichkeiten: Entweder es gibt »Absolutismus« nur als exklusiv französisches Phänomen oder es gibt ihn überhaupt nicht, sowenig wie den Staat selbst, den *Lefebvre* in der Diskussion ausdrücklich dekonstruiert und auf verschiedene, sich ablösende Gewaltverhältnisse reduziert hat – eine Sicht der Dinge, die mir nicht nur persönlich sympathisch ist, sondern auch dem Resultat meiner nun folgenden Überprüfung der Ergebnisse auf den vier eingangs aufgelisteten Analyseebenen gar nicht so fern steht.

»Absolutismus« als Sammelbegriff für mittelalterliche und frühneuzeitliche politische Diskurse und Performanzen⁴ hat einen bestimmten Vorzug. Zwar taucht »Absolutismus« damals in den Quellen nicht auf, wohl aber der Begriff *absolutus*, von dem er abgeleitet wurde, und dessen Synonyme. Das heißt aber, auf dieser und nur auf dieser Ebene können wir mit unmittelbarer Legitimation durch die Quellen einschlägige Phänomene (re)konstruieren! Auch *Landwehr* weist den »Absolutismus« vor allem der politischen Ideengeschichte zu. Denn es gibt ja in der Tat vor allem in Frankreich seit dem hohen Mittelalter einen Absolutheitsdiskurs und eine entsprechende theatralische Selbstdarstellung der Monarchie. Allerdings handelt es sich dabei streng genommen – und Wissenschaftler sollten die Phänomene streng nehmen – nicht um »Absolutismus«, sondern um die »absolute Monarchie«, was keineswegs dasselbe ist, aber auf alle Fälle einen engeren und damit genaueren Begriff darstellt.

Außerdem ist trotz oder gerade wegen reichlich vorhandener theoretischer Texte zum Thema keineswegs klar, was *absolutus* und seine Synonyme jeweils bedeuten sollen. Beide einschlägige Referate ließen vor allem bei der Gegenüberstellung von *absolu* und *modéré* deutlich erkennen, wie weitgehend das semantische Feld bereits damals mittels hermeneutischer Kunstgriffe beackert wurde. Ist wirklich von vornherein klar, was gemeint ist, wenn William Blackstone noch im 18. Jahrhundert ausgerechnet dem englischen König derartige Vollmachten zuschreibt⁵, oder wenn sie – noch verblüffender – den König der polnischen Adelsrepublik auszeichnen sollen⁶? Die Notwendigkeit, über

⁴ Womit »Aufführungen« aller Art gemeint sind.

⁵ William BLACKSTONE, Commentaries on the Laws of England (1765–1769), hg. von Barron FIELD, Philadelphia 1827, S. 148–209.

⁶ Vgl. Konstanty GRZYBOWSKI, Les éléments monocratiques en Pologne (XVI^e–XVIII^e s.), in: La monocratie, Bd. 2 (Recueils de la société Jean-Bodin, 21), Brüssel 1970, S. 699–725, bes. S. 706f.; Waclaw URUSZCZAK, Constitutional Devices Implementing State Power in Poland, 1300–1700, in: Antonio PADOA SCHIOPPA (Hg.), Legislation and Justice (The Origins of the Modern State in Europe, C), Oxford 1997, S. 175–196, bes. S. 176f.

den französischen Fall hinauszugreifen, erweist sich bereits auf der Diskurs- und Performanzebene als evident.

Darüber hinaus ist die Begriffsgeschichte auch im Hinblick auf Kosellecks Konzept der (asymmetrischen) Gegenbegriffe⁷ noch keineswegs geklärt. Es fällt nämlich auf, daß es auf der Diskursebene kaum asymmetrische Gegenbegriffe gibt, das heißt solche, die sich mit dem Begriff Absolutismus nicht vereinbaren lassen. Entweder gelten Gegenbegriffe wie »Stände« den Zeitgenossen als komplementär, also im Sinne Kosellecks als symmetrisch, oder sie sind späteren Ursprungs wie die »Peripherie«, die dem »absolutistischen« Zentrum gegenübergestellt wird. Auch »Republik« beinhaltet keineswegs ohne weiteres eine Alternativverfassung zur Monarchie, sondern bezeichnete oft genug ganz einfach das Gemeinwesen als solches. Das einzige zeitgenössische Paar asymmetrischer Gegenbegriffe, das ich bisher identifizieren konnte und auf das *Horowski* zumindest implizit zurückgreift, ist *Court* vs. *Country* – nicht zufällig eine englische Prägung.

Immerhin, wenn »Absolutismus« oder besser »absolute Monarchie« sich im Sinne *Schillings* als Konzept der Diskurs- und Performanzebene bewährt, dann hätte dies das bemerkenswerte Nebenergebnis, daß in diesem Falle eine kulturalistische Fragestellung ausnahmsweise makrohistorischen Charakter annähme – eine beabsichtigte oder unbeabsichtigte Rettung der angeblich zum Untergang verdamnten großen Erzählung.

Die realhistorische Ebene der politischen Praxis und des politischen Systems läßt sich zwar von der Untersuchung der Diskurse und Performanzen nicht vollständig trennen, wie bei *Cosandey* explizit, bei anderen implizit deutlich wurde. Aber sie ist dennoch von jener zu unterscheiden, weil es auf dieser Ebene im Gegensatz zu jener keine ausdrücklichen Quellenzeugnisse für »Absolutismus« oder »absolute Monarchie« gibt, sondern nur die Möglichkeit, von der politischen Praxis indirekt auf etwas Derartiges rückzuschließen. Solche Rückschlüsse bleiben aber fragwürdig, weil sie oft genug entweder unter dem Eindruck des Quellenbefundes auf der Diskursebene oder kraft eines apriorischen Forschungskonzepts »Absolutismus« getroffen werden.

Es hat zwar eine Politik planmäßiger Machtsteigerung der Monarchie gegeben. Aber diese erfolgte nicht systematisch nach einem *master plan*, sondern weit eher kontingent nach sich bietender Gelegenheit. Niemand beabsichtigte, ein Programm des »Absolutismus« oder der »absoluten Monarchie« durchzusetzen, sondern die Monarchen wollten sich Gehorsam verschaffen, ihre Konkurrenten schwächen und auf diese Weise mehr Verfügung über die Ressourcen des Landes erreichen. Da eine derartige Politik der Zentrale mit den monarchischen Diskursen und Performanzen konvergiert, die oft wohl kalku-

⁷ Reinhart KOSELLECK, Zur historischen Semantik asymmetrischer Gegenbegriffe, in: DERS., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a.M. ²1984, S. 211–259.

liert in deren Dienst entstanden sind, ergab sich ein falsch gewichtetes Gesamtbild, das die höchst uneinheitliche und »unabsolutistische« politische Wirklichkeit der Peripherie weitgehend ignorierte. Neuere Forschungsergebnisse, nicht zuletzt die von *Landwehr* behandelten Untersuchungen zur Implementierung »guter Policey«, berechtigen meines Erachtens inzwischen sogar dazu, die Fragestellung nach dem »Nicht-Absolutistischen im Absolutismus«, die einst als der Höhepunkt kritischen Umgangs mit dem Absolutismuskonzept galt, umzukehren und das Nicht-Absolutistische zur Regel, den »Absolutismus« zur Ausnahme zu erheben. Damit ist er freilich als Leitkonzept zur Gesamtdeutung des realpolitischen Quellenbefundes erledigt.

Außerdem läßt sich die reale Politik mehr noch als die Diskurse und Performanzen nur vergleichend erfolgreich untersuchen, wenn wir die ganze Palette monarchischer Machtsteigerungspolitik mit ihren formalen Extremfällen in Dänemark und Schweden in den Blick nehmen, mit Spanien und den italienischen Ländern, mit den komplizierten Verhältnissen im Reich und bei seinen Ständen, und zwar keineswegs nur Preußen und Österreich. Dazu käme die Überprüfung angeblicher oder wirklicher Alternativen wie England, Aragon, Polen sowie die Untersuchung der europäischen Republiken wie Venedig, der Schweiz und der Niederlande, die zum Teil ja eine ganz ähnliche Machtsteigerungspolitik wie die Monarchien trieben⁸.

Doch wie weit ist das Forschungskonzept »Absolutismus« dabei von Nutzen? Könnte es sein, daß dieses Konzept, wie *Landwehr* andeutet, *Lefebvre* behauptet und auch *Schilling* zumindest als Möglichkeit nicht ganz ausschließt, wissenschaftliche Erkenntnisse nicht nur nicht ermöglicht, sondern sogar be- und verhindert? Denn das Absolutismuskonzept der Historie ist ja, wie *Crouzet* nach *Cosandey* und Descimon feststellt, weder mit den intellektuellen Mitteln der Zeitgenossen, noch mit denjenigen der modernen Sozialwissenschaften geschaffen worden, sondern, das muß ich hinzufügen, aus politischer Polemik hervorgegangen und anschließend den Zwecken politischer Pädagogik angepaßt worden. Zwar lassen sich Diskurse und Performanzen gut damit erforschen, aber das ist nicht weiter erstaunlich, denn man folgt damit der Intention der Quellen, kapituliert in gewisser Hinsicht unkritisch vor ihnen, bleibt auf jeden Fall auf der Ebene des zeitgenössischen Diskurses. Doch auch hier wäre der Begriff »absolute Monarchie« vorzuziehen, der den Quellen nähersteht und ideologisch weniger besetzt ist. Wörter mit dem Suffix »-ismus« laufen nun einmal unausweichlich auf ideologische und institutionelle Konnotationen hinaus.

Bekanntlich ist »Absolutismus« im 19. Jahrhundert aus etwas Bösem, aus einem herrschaftskritischen Begriff, in den Händen deutscher und französischer Historiker unverzüglich zu etwas Gutem, einem geschichtspolitischen Begriff mit staatsfrommen Implikationen, geworden, die er nach wie vor wei-

⁸ Hinweis von Thomas Maissen in der Diskussion.

ter transportiert. Zwar ist der moderne europäische Macht- und Nationalstaat tatsächlich aus der Machtsteigerungspolitik der europäischen Monarchien erwachsen. Aber heutzutage hat er sich so gründlich kompromittiert und ist bis zu einem gewissen Grad sogar in Zerfall begriffen, daß keinerlei Grund mehr besteht, ihn und seine Vorstufen bedingungslos zu bejahen und diesen Bewußtseinszustand kommenden Generation durch Schul- und Universitätsunterricht weiter einzuimpfen.

Durch seine geschichtspolitischen Implikationen verzerrt das Absolutismuskonzept obendrein die wissenschaftliche Erkenntnis. *Lefebvre* betont, was sich aus neueren Forschungen und demgemäß auch aus einigen der vorgetragenen Referate ergeben hat: Der moderne Staat als apriorischer Vergleichshorizont frühneuzeitlicher politischer Verhältnisse produziert einseitige Ergebnisse durch Überbetonung der Aktivitäten der Zentrale und Überbetonung der institutionellen gegenüber den nach wie vor hochbedeutsamen personalen Momenten. Versailles samt seinem Ausstattungsprogramm steht und fällt mit der Person Ludwigs XIV., nicht mit der Institution des französischen Staates.

Schließlich führt die Anfälligkeit des Kunstbegriffs »Absolutismus« für empirische Korrekturen dazu, daß das Problem der Gegenbegriffe insofern akut wird, als wir hier tatsächlich auf zahlreiche asymmetrische Gegenbegriffe stoßen, die zu Recht oder zu Unrecht für unvereinbar mit dem Absolutismuskonzept gehalten werden. Zu nennen wären:

- Stände
- Peripherie
- Adel
- Kommune / Kommunalismus
- Republik / Republikanismus
- Kirche / Konfession
- Despotie / Sultanismus.

Im Grunde gehört zu jedem dieser Gegenbegriffe ein je spezifischer Absolutismusbegriff!

Was beim »Absolutismus« als Forschungskonzept noch der Begründung bedarf, ergibt sich daraufhin auf der Ebene der Epochenbezeichnungen fast von selbst. »Absolutismus« als Epochenbezeichnung ist aus den erwähnten geschichtspolitischen Gründen überholt. Außerdem entspricht er auch nicht mehr dem Stand einer Geschichtswissenschaft, die längst nicht mehr die politische Geschichte in den Mittelpunkt stellt. Aus beiden Gründen ist »Absolutismus« als Epochenbezeichnung nicht nur entbehrlich, sondern sogar ausgesprochen schädlich und sollte umgehend verschwinden. *Landwehr* zeigt zwar, daß alternative Epochenbezeichnungen nicht in Sicht sind, aber ich halte der-

gleichen ohnehin für entbehrlich, auch und gerade nach meiner Arbeit als Mit-herausgeber eines Handbuchs der deutschen Geschichte⁹.

Eine konsequente Historisierung des Absolutismuskonzepts auf allen Ebenen muß aber nicht nur unsere Altvorderen, sondern auch unseren eigenen Umgang damit samt der Fragestellung dieser Tagung einschließen, auch wenn solche epistemologische Konsequenz weder üblich ist noch geschätzt wird. Wenn der Erfolg des Mythos »Absolutismus« laut *Paravicini* von seiner Funktionalität in der Zeit seiner Entstehung abhing¹⁰, dann gilt das auch für seinen Erfolg als funktionales Forschungskonzept. Mit anderen Worten, »Absolutismus« ist nicht nur ein Mythos der Frühen Neuzeit, sondern er ist auch unser Mythos und bleibt es, solange wir uns nicht zu der Einsicht durchringen, daß er ein Mythos unserer Altvorderen war, für den, wie gesagt, heute dringender Dekonstruktionsbedarf besteht. Denn er wurde getragen vom selbstverständlichen und daher nicht in Frage gestellten Glauben an den starken Staat als Krone der geschichtlichen Entwicklung – ein Glaube, der längst nicht mehr der unsrige ist. Sogar bei Otto Hintze geriet er schon 1929 ins Wanken¹¹. In Frankreich haben *Cosandey* und *Descimon* eine Strukturanalogie zur Rechtsgrundlage der Dritten Republik festgestellt und aus dem Konstitutionalismus der Fünften eine veränderte Fragestellung abgeleitet¹².

Sogar die Lücken, die in der Absolutismusforschung im allgemeinen und auf dieser Tagung im Besonderen klaffen, stehen im Zusammenhang geschichtspolitischer Mythologie. Es ist keineswegs mein persönliches Hobby, sondern längst eine Binsenweisheit, daß, wer von der »absoluten Monarchie« reden will, vom Papsttum nicht schweigen kann. Die europäischen Monarchien mit der französischen an der Spitze orientieren sich am päpstlichen Diskurs und an der päpstlichen Praxis der *plenitudo potestatis*. Auf der anderen Seite muß nicht nur der Kirchenstaat, sondern das gesamte römische Herrschaftssystem der päpstlichen Doppelmonarchie seit Paolo Prodi als Staat unter Staaten begriffen werden, der bis ins 17. Jahrhundert dank der päpstlichen Vollgewalt sogar zu den am weitesten entwickelten Europas gehörte¹³. Die theoretischen und praktischen Fragen der absoluten Herrschergewalt wurden hier mit einzigartiger und wegweisender Gründlichkeit diskutiert – ich kann nur auf das

⁹ Wolfgang REINHARD, Probleme deutscher Geschichte 1495–1806, in: DERS. (Hg.), Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 9, Stuttgart 2004, S. 31–107.

¹⁰ Beitrag von Werner Paravicini zur Diskussion.

¹¹ Vgl. REINHARD, Staatsgewalt, S. 21.

¹² COSANDEY, DESCIMON, L'absolutisme, S. 275f.

¹³ Paolo PRODI, Il sovrano pontefice. Un corpo e due anime: la monarchia papale nella prima età moderna, Bologna 1982; vgl. auch DERS., Lo sviluppo dell'assolutismo nello Stato Pontificio, Bologna 1968.

Riesenwerk Giovanni Battista de Lucas verweisen¹⁴. Am Beispiel des staatlichen Ämterhandels lassen sich gerade in Frankreich wichtige Anleihen beim kirchlichen Ämterrecht nachweisen¹⁵. Auf der anderen Seite demonstriert der römische Fall paradigmatisch die praktischen Grenzen des absoluten monarchischen Machtanspruchs, wenn etwa auch unter dem absoluten Kirchenmonarchen im Kirchenstaat mit seinem Verwaltungsstab aus Klerikern die üblichen Konflikte zwischen Kirche und Staat entbrennen – und ebenfalls mit dem üblichen Sieg der staatlichen Seite enden¹⁶. Französische Rechtshistoriker kamen zwar nicht umhin, die römischen Beiträge zur Entwicklung der Monarchie zur Kenntnis zu nehmen. Ansonsten waren sich deutscher Protestantismus und französischer Laizismus aber hinsichtlich der Irrelevanz des Papsttums für die neuere Geschichte einig und beschwiegen es einstimmig¹⁷ – Ranke hatte es noch besser gewußt!

Eine weitere Lücke tat sich gleichsam am anderen zeitlichen Ende auf: Es war nur einleitend bei *Schilling* kurz vom sogenannten »aufgeklärten Absolutismus« die Rede, der zwar auf eine französische Begriffsbildung zurückgeht, aber in Frankreich angeblich nie zur Verwirklichung kam. Demgegenüber stellte er den ganzen Stolz der deutschen Forschung dar, hatte er doch angeblich die Revolution entbehrlich gemacht und die imposanten Grundlagen des nationalen Machtstaates geschaffen. Doch nicht deswegen sollte er einbezogen werden, sondern wegen seiner überaus kreativen Beiträge zu Diskursen und Performanzen, die einen deutlichen Wandel erkennen lassen, angeblich sogar die Tendenz zur Selbstabschaffung der »absoluten Monarchie«.

Damit ist die Grenze zur notwendigen Selbsthistorisierung unserer Arbeit überschritten. Wir sollten uns dabei auch nicht scheuen, unsere neuartige kulturalistische Fragestellung selbst kulturalistisch zu hinterfragen. Welchem »selbstgesponnenen Bedeutungsgewebe« erweisen wir uns durch ihre Anwendung zugehörig? Warum muß dem Absolutismuskonzept mit Hilfe einer »modischen« Fragestellung unbedingt die weitere Existenz gesichert werden? Soll auf diese Weise doch noch der Glaube an den Staat gerettet werden? Oder vielleicht die große Erzählung, deren Ende der Kulturalismus ansonsten angesagt hat? Die kulturalistischen Richtungen mögen sich zu Recht oder Unrecht als wissenschaftlich innovativ verstehen, geschichtspolitisch sind sie dennoch im Wesentlichen konservativ. Das liegt weniger an ihrem weitverbreiteten

¹⁴ Vor allem Giovanni Battista de LUCA, *Theatrum Veritatis et Justitiae*, 16 Bde., Rom 1669–1673 und DERS., *Il dottor volgare, ovvero il compendio di tutta la legge civile, canonica, feudale e municipale nelle cose piu ricevute in pratica*, 15 Bde., Rom 1673.

¹⁵ Wolfgang REINHARD, Staatsmacht als Kreditproblem. Zur Struktur und Funktion des frühneuzeitlichen Ämterhandels, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 61 (1974), S. 289–319; Nachdruck in: Ernst HINRICHS (Hg.), *Absolutismus*, Frankfurt 1986, S. 214–248.

¹⁶ PRODI, *Il sovrano pontefice*, S. 251–293.

¹⁷ Einschließlich des deutschen Diskussionsbeitrags von Schröder auf der Tagung.

Desinteresse an politikgeschichtlichen Fragestellungen, wobei unsere Tagung eine bemerkenswerte Ausnahme bildet, als an der Bejahung des Gegebenen infolge ihrer ethnologischen Inspiration, an ihrer Unterwerfung unter die normative Kraft des Faktischen, die dazu führt, daß Beschreibung von Befunden mit Norm für Richtigkeit verwechselt wird. Wenn zum Beispiel Rituale allgemein verbreitet und offenbar unvermeidlich sind, muß es auch gut sein, daß es sie gibt. Ältere, der Aufklärung verpflichtete Richtungen der Geschichtswissenschaft hätten sich statt dessen eine rationale Kritik und damit den Versuch einer Überwindung der rituellen Zwänge zum Ziel gesetzt.

Doch könnte die Zählebigkeit des Absolutismuskonzepts auch ganz einfach daran liegen, daß Historiker eben immer konservativ sind, mögen sie sich auch noch so innovativ gebärden? Oder gilt vielleicht wissenssoziologisch für die jüngeren Historiker dasselbe, was *Schilling* für die frühneuzeitlichen Juristen als Protagonisten der »absoluten Monarchie« festgestellt hat? »Der Erfolg ihrer Argumentation hing von der Fähigkeit ab, eigene Aussagen in ein Geflecht früherer Aussagen zu verweben«¹⁸.

Doch wie dem auch sei, das Ergebnis ist klar, meine Antwort auf die Frage im Tagungsthema läßt an Eindeutigkeit nicht zu wünschen übrig: »Absolutismus« ist keineswegs ein unersetzliches Forschungskonzept. Auf der Diskurs- und Performanzebene mag der Begriff nützlich sein, ist aber nicht unentbehrlich, denn es fehlt nicht an besseren Alternativen wie »absolute Monarchie« und dergleichen. Auf der Ebene des realen politischen Systems hingegen führt er eher in die Irre, und als Epochenbezeichnung ist er nicht nur unzutreffend, sondern auch politisch belastet. Ich plädiere deshalb dafür, ihn ganz unpolemisch durch Nichtbenutzung auf allen vier Ebenen abzuschaffen. Denn solange er in irgendeiner Weise, und sei es kulturalistisch, in der Forschung weiterlebt, ist ihm als Epochenbezeichnung nicht beizukommen, denn er erscheint durch jenen Gebrauch legitimiert. Eine persönliche Bemerkung zum Schluß: In meiner »Geschichte der Staatsgewalt« habe ich ihm anderthalb von 536 Seiten gewidmet und ihn dann nicht weiter benötigt. Das ist aber weniger bezeichnend als die Tatsache, daß selbst den nörgeligsten Rezensenten dieser Mangel nicht einmal aufgefallen ist!

¹⁸ Siehe S. 27 in diesem Band.